

Dringlichkeitsantrag: Die Ursachen der Vogelgrippe jetzt effektiv bekämpfen. Grausame Massentötungen und endlose Steuerverschwendung beenden. Betroffene Wildvogelarten langfristig stärken.

Antragsteller*in: Kathrin Weber (KV Bielefeld)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

Der Kranichzug ist in diesem Jahr von einem verheerenden Ausbruch von H5N1, einer hochpathogenen Variante der aviären Influenza überschattet. An vielen Orten haben Helfer*innen schon tausende toter Kraniche geborgen. In den großen Geflügelbetrieben fanden die ersten Ausbrüche in diesem Herbst schon zeitlich davor, am 1. ^[1] bzw. 11. Oktober ^[2] statt.

Seit 2006 tritt die Vogelgrippe immer wieder an der einen oder anderen Stelle in Europa auf. In 2022 verendeten an der Nordsee zehntausende Brandseeschwalben, Basstölpel und andere seltene und bedrohte Seevögel ^[3]. In 2023 starben 20.000 Kraniche in Ungarn ^[4]. Und Millionen sog. Nutztiere, Enten, Puten, Hühner, Gänse und Zootiere/Haustiere wurden in dieser Zeit regelmäßig hektisch und für die Tiere besonders leidvoll getötet.

Ansätze für wirkliche Lösungen sind auch dieses Jahr wieder nicht zu sehen. Wie seit fast 20 Jahren wird stur auf der Stallpflicht beharrt, welche zwangsläufig mit Leiden für die Tiere verknüpft ist, oder gar die Vernichtung hundertausender Vogelleben behördlich diktiert, obwohl doch längst evident ist, dass diese mitleidlosen Maßnahmen das Problem nicht lösen. Auch der Beitrag des EU-weiten Wildvogelmonitorings zur Vermeidung von Vogelgrippe scheint überschaubar zu sein.

Und auch dieses Jahr wird das Leid der Tiere nach kurzer Betroffenheit wieder von Rufen nach mehr Unterstützung für die betroffenen Unternehmen aus Steuergeldern und Diskussionen über Verbraucherpreise überlagert. Dabei wird das Töten der Tiere und damit mittelbar die industrielle Haltung von Tieren ja schon staatlich subventioniert ^[5]! Berechtigte Kritik an der Tierindustrie verschwindet nach kurzer Zeit wieder ungehört. Die Bilder gleichen eins zu eins den Nerz-Tötungen während der Covid-Pandemie, nur dass diese endlich zu Konsequenzen in der Pelzindustrie geführt haben.

Darum: So darf es nicht weitergehen! Denn so bessert sich nichts, ganz im Gegenteil, es kann auch noch schlimmer werden, wie das Auftreten von Geflügelpest bei Rindern in den USA zeigt! Wir brauchen jetzt einen Maßnahmenkatalog, wie Ausbrüche in Zukunft früh erkannt und begrenzt werden können und entschiedene politische Anstrengungen, damit die jetzt betroffenen Wildvogelpopulationen eine Chance bekommen, sich wieder zu erholen.

1. Wir fordern ebenso wie der Nabu Brandenburg eine genaue und transparente Untersuchung, wie es in diesem Jahr zu den Ausbrüchen kommen konnte ^[6]. Es sollte im Interesse aller sein, die tatsächlichen Wege der immer wiederkehrenden Infektionskrankheit herauszufinden und wirksam abzustellen. Die offizielle

Hypothese, dass Wildvögel die Eintragsursache darstellen, erweist sich aufgrund einer Vielzahl beobachteter Verläufe als immer weniger haltbar: Die Zahl der schon seit Juni betroffenen Stallhaltungen bei sehr geringen Wildvogelfunden bis Anfang Oktober deutet auf Verbreitung durch Kontakte der Geflügelindustrie untereinander/Vektoren der Geflügelindustrie hin. Die Infektion der Kraniche scheint dem nachgelagert zu sein ^[7].

2. Entenställe können lange Zeit unentdeckt mit hochpathogener Influenza infiziert sein. Bislang wird jährlich eine Million Tonnen Geflügelmist ungetestet und unsterilisiert auf Agrarflächen in Deutschland verteilt. Kot und Kadaver müssen regelmäßig vor Ausstellung und Transport getestet werden ^[8]. Betriebsprüfungen im Hinblick auf Biosicherheitsmaßnahmen könnten hier früh auf Probleme hinweisen.

3. Ebenso wichtig ist die systematische Untersuchung der Abwässer von Schlachthäusern, um das Auftreten von Geflügelpest künftig zeitnah und eindeutig nachweisen zu können. Diese Sicherheitsroutine ist einfach und seit Jahren überfällig.

4. Massen von Tieren, auf engem Raum aufgestellt, befördern Krankheiten und Viren: Influenza-Viren mutieren in solchen Haltungen mit genetisch ähnlichen Tieren, die unter erheblichem Stress stehen und ein schlechtes Immunsystem haben, besonders schnell auch zu höherpathogenen Viren. Diese Form der Tierhaltung muss die Landwirtschaft hinter sich lassen. Tiere sind fühlende Lebewesen. Sie dürfen nicht mehr als eine anonyme Industrieware behandelt werden. Bis dahin müssen solche Betriebe deutlich stärker an den Kosten der Vogelgrippe beteiligt werden. Im Sinne von One Health, den wahren Kosten und Kollateralschäden, dürfen Steuergelder nicht dafür eingesetzt werden, die Ställe einfach wieder aufzufüllen und weiterzumachen wie bisher. Um die wiederkehrende "Keulung" hunderttausender Tiere zu vermeiden, sollten die epidemiologischen Einheiten ^[9] generell auf 1.000 Tiere begrenzt werden.

5. Viele Verbraucher wissen nicht, wie eine Tierhaltung eigentlich aussieht, die die Bedürfnisse von Vögeln mehr berücksichtigt. Wir brauchen eine Informationskampagne, die die Tiere in den Mittelpunkt rückt und auch pflanzliche Alternativen zu Geflügelprodukten aufzeigt. Im Interesse aller muss eine gesunde, tier- und umweltfreundliche Agrar- und Ernährungswende vorangebracht werden, die Zukunftsperspektiven für Landwirt*innen in diversifizierten lokalen Wirtschaftskreisläufen schafft.

6. Die betroffenen Wildvögel sind ohnehin durch Landwirtschaft, Siedlungen, Tourismus und Klimawandel gefährdet. Aktuell ist für sie vor allem eine ungestörte Rast wichtig. Ihre enormen Verluste können sie in Zukunft aber nur ausgleichen, wenn sie guten Bruterfolg haben. Dafür brauchen sie in unserer Landschaft wieder mehr Raum. In Bund und Ländern muss daher auf eine schnelle und ambitionierte Durchsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung gedrungen werden. ^[10]

^[1]https://www.kreis-paderborn.de/kreis_paderborn/aktuelles/pressemitteilungen/gefluegelpest-in-delbrueck-lippling-ausgebrochen.php

^[2]<https://www.tagesschau.de/inland/regional/brandenburg/rbb-gefluegelpest-in-entenbetrieb-in-maerkisch-oderland-festgestellt-3-000-tiere-getoetet-100.html>

- 84 [\[3\]https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-](https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/)
85 [has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/](https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/)
- 86 [\[4\]https://www.nabu.de/tiere-und-](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html)
87 [pflanzen/voegel/gefaehrungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html) Meldung vom
88 18.12.2023
- 89 [\[5\]](#) Die Tierseuchenkasse bekommt nur zu maximal 50% das Geld von
90 Geflügelhaltungen, der Rest wird aus Steuermitteln ergänzt.
- 91 [\[6\]https://brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/36676.html](https://brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/36676.html)
- 92 [\[7\]https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-](https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-hessen-ist-betroffen/)
93 [hessen-ist-betroffen/](https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-hessen-ist-betroffen/)
- 94 [\[8\]](#) HPAI-Viren können bei 4 Grad Celsius bis zu zwei Monate in Geflügelmist
95 überleben.
96 https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC3784916/pdf/13337_2013_Article_135.pdf
- 97 [\[9\]](#) = die Tiere, die in miteinander verbundenen Einheiten leben.
- 98 [\[10\]https://www.nabu.de/news/2025/10/36681.html](https://www.nabu.de/news/2025/10/36681.html)

Begründung der Dringlichkeit

Die verheerenden Auswirkungen der diesjährigen Vogelgrippe wurden in diesem Jahr um den 20. Oktober sichtbar und öffentlich, zunächst in Brandenburg im Vogelrastgebiet an den Linumer Teichen (<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/vogelgrippe-in-brandenburg-tote-kraniche-bei-linum-burgermeister-fordert-mehr-hilfe-14636378.html>) . Seitdem dehnt sich die Vogelgrippe immer weiter aus, und immer mehr zahlreiche tote Wildvögel werden gefunden, ebenso werden immer mehr Infektionen in Geflügelhaltungen bekannt. Bis jetzt wurde keine echte Ursachenforschung von offizieller Stelle unternommen, und die Maßnahmen sind die gleichen wie in den Jahren zuvor, mit zu erwartender eher geringer Wirkung. Dabei liegen ganz andere Maßnahmen, die auch kurzfristig und einfach umzusetzen sind, nahe. Was die jetzt so stark betroffene Kranichpopulation angeht, so ist jetzt der richtige Zeitpunkt, auf eine schnelle und ambitionierte Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung zu dringen.

weitere Antragsteller*innen

Elisabeth Petras (KV Hamburg-Nord); Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Marco Meyn (KV Hamburg-Mitte); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Christine Knoß (KV Ludwigsburg); Tessi Altkrüger (KV Dresden); Jonathan Beil (KV Mansfeld-Südharz); Thorben Thieme (KV Neuwied); Angelika Österreicher (KV Stuttgart); Dorothee Wiest (KV Reutlingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Drees (KV Plön); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Sabine Duwe (KV Plön); Christine Großmann (KV Karlsruhe); Dagmar Plohnke (KV Hamburg-Harburg); sowie 122 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Das Göttinger Haus der Kulturen bleibt an seinem jetzigen Standort!

Antragsteller*in: Tobias Darge (KV Göttingen)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Antragsteller*innen sammeln

Antragstext

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) hat dem Trägerverein, Zukunfts-
Werkstatt e. V. (ZW), des Hauses der Kulturen zum 31.12.2025 gekündigt. Die BlmA
ist dabei, die Existenz des ersten Hauses der Kulturen in der Bundesrepublik
Deutschland, eines wichtigen soziokulturellen Zentrums in Göttingen zu
gefährden. Das Haus der Kulturen in Göttingen muss an seinem Standort erhalten
bleiben!

Das Haus der Kulturen ist ein selbstverwaltetes und selbstfinanziertes Zentrum
für den interkulturellen Austausch in einem migrantisch geprägten Stadtteil und
für die gesamte Stadt Göttingen. Das Haus ist von großem Wert für die Förderung
der Integration durch Bildung und Kultur, für die Verständigung zwischen den
Menschen und setzt sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein.
Aber nicht nur das. Der Trägerverein Zukunftswerkstatt e. V. hat dieses Haus vor
fast 30 Jahren als ein ehemaliges, leerstehendes Lagerhaus von der BlmA
angemietet und seitdem auf eigene Kosten für den jetzigen Gebrauch ausgebaut. In
diesem Punkt ist der Trägerverein ein Best Practice in den Bereichen Förderung
der Integration und des ehrenamtlichen Engagements. Seit Beginn des
Mietverhältnisses hat der Trägerverein ca. eine halbe Million für bauliche
Maßnahmen in das Haus investiert und die einzelnen Etagen des Gebäudes für die
Nutzung anderer Vereine und Initiativen hergerichtet. Viele der Initiativen und
Vereine können sich Büroräume an anderen Standorten oft nicht leisten. Ein
großer Teil der Mieter*innen sind Migrantenselbstorganisationen, die über die
Nutzung der Büroräume und der Veranstaltungsräume eigenständig
Integrationsmaßnahmen aufbauen und umsetzen. Wirft man einen Blick auf die
Berufsbiografien der Menschen, die in den vergangenen Jahren im Haus der
Kulturen tätig waren, sei es im Verwaltungs-, Veranstaltungs-, Kunst und
Kultursektor, im Handwerk oder Baubereich, haben hier ihren Anfang genommen. Sei
es über ihr ehrenamtliches Engagement oder Maßnahmen der
Arbeitsmarktvermittlung. Dies ist und war nur möglich, weil das Haus der
Kulturen, die dort tätigen Vereine und das Gelände viele und breite Einsatz- und
Entfaltungsmöglichkeiten bot und bietet.
Dafür hat der Trägerverein Zukunftswerkstatt e. V. bereits im Jahr 2002 eine
Anerkennung des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau erhalten. In einem
Schreiben vom 3. November 2025 hat das Bundespräsidialamt ebenfalls die
Bedeutung des Hauses der Kulturen für Göttingen betont.

Diese Kündigung würde ein unverzichtbares Zentrum der Begegnung in der Göttinger
Weststadt, einen Stadtteil mit mehreren sozialen Brennpunkten für immer
zerstören.

Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung auffordern, sich dafür
einzusetzen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Kündigung
zurücknimmt, um gemeinsam mit dem Trägerverein und der Stadt Göttingen eine

- 41 tragfähige Lösung für den Fortbestand des Göttinger Hauses der Kulturen am
42 jetzigen Standort zu finden.

Begründung der Dringlichkeit

Die Bundesanstalt für Immobilienfragen hat die Kündigung noch nicht zurück genommen, obwohl sich die Grüne Landtagsabgeordnete, die Grüne Bundestagsabgeordnete und die Göttinger Oberbürgermeisterin sich dafür eingesetzt hat.

weitere Antragsteller*innen

Sissi Karnehm-Wolf (KV Göttingen); Markus Bürger (KV Göttingen); Markus Südekum (KV Göttingen); Sophie Darge (KV Göttingen); Jutta Bernick (KV Göttingen); Elena Futter-Buck (KV Göttingen); Tim Haas (KV Göttingen)

Dringlichkeitsantrag: Für kein Geld der Welt – Kein Freikauf von Verantwortung

Antragsteller*in: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Deutsche Bundesregierung auf:
- 2 1. Das Angebot an afghanische Staatsangehörige, im Gegenzug für eine Geldzahlung
3 oder andere Anreize aus Ausreiseprogrammen auszusteigen, zurückzunehmen und
4 Angebote dieser Art zu unterlassen.
 - 5 2. Die Schutzbedürftigkeit der Antragstellenden nicht weiter in Frage zu stellen
6 und die Zurücknahme rechtsverbindlicher Aufnahmezusagen durch das Bundesamt für
7 Migration und Flucht (BAMF) zu stoppen.
 - 8 3. Alle erteilten Aufnahmezusagen über das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan,
9 die Menschenrechtsliste, das Überbrückungsprogramm und das Ortskräfteverfahren
10 uneingeschränkt umzusetzen. Die Bundesregierung muss alle offenen
11 Sicherheitsprüfungs- und Visaverfahren umgehend und ohne weitere Verzögerungen
12 abschließen sowie die Ausreisen nach Deutschland ermöglichen.
 - 13 4. Umgehend die Beschlüsse der Gerichte umzusetzen, die die Bundesregierung
14 auffordern, den Menschen Visa zu erteilen, sie auszufliegen und ihre Ausreise
15 nicht weiter zu verschleppen. Dass Gerichte der Bundesregierung mit
16 Zwangsgeldzahlungen drohen müssen, damit sie ihre Beschlüsse umsetzt, ist
17 beschämend.
 - 18 5. Auf die pakistanische Regierung einzuwirken, damit afghanische
19 Staatsangehörige mit deutscher Aufnahmezusage, die sich derzeit in Pakistan
20 aufhalten, effektiv vor Inhaftierungen und Abschiebungen geschützt werden.
21 Deutschland muss gemeinsam mit Pakistan sicherstellen, dass keine weiteren
22 betroffenen Personen gegen ihren Willen nach Afghanistan abgeschoben werden.
 - 23 6. Auf die pakistanische Regierung einzuwirken, damit Afghan*innen, die trotz
24 bestehender deutscher Aufnahmezusage nach Afghanistan abgeschoben wurden,
25 umgehend nach Pakistan zurückgebracht werden und ihre Aufnahmeverfahren
26 fortgeführt werden.
 - 27 7. Die von ihr selbst gesetzte Frist zur Abwicklung aller Verfahren bis Ende des
28 Jahres zu verlängern, da es nicht möglich sein wird, diese einzuhalten. Dafür
29 fordern wir die Bundesregierung auf, diplomatisch mit Pakistan zu verhandeln.
30 Die ca. 1.900 Menschen haben auch über das Jahr 2025 hinaus einen Anspruch auf
31 Umsetzung ihrer Aufnahmezusage.
 - 32 8. Die Öffentlichkeit durch das Bundesinnenministerium umfassend über den
33 jeweils aktuellen Stand des Verfahrens zur Umsetzung der Aufnahmezusagen zu
34 informieren und sicherzustellen, dass Transparenz und Rechtsstaatlichkeit
35 gewahrt bleiben.
- 36 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht zu humanitären Aufnahmeprogrammen wie dem
37 Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan und dem Resettlement-Programm für besonders

- 38 gefährdete Menschen. Diese Programmemüssen fortgeführt, ausgeweitet und
39 beschleunigt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Im Juli wurde durch Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlins klargestellt, dass die Bundesregierung "durch bestandskräftige, nicht widerrufenen Aufnahmebescheide rechtlich zur Aufnahme" der Menschen aus Afghanistan verpflichtet ist und sich "[v]on dieser freiwillig eingegangenen Bindung" nicht lösen kann. Nach exklusiven Recherchen des ARD-Hauptstadtstudios – veröffentlicht am 4.11.2025 – versucht die Bundesregierung gegenwärtig, mit finanziellen Angeboten afghanische Staatsangehörige in Pakistan zum Verzicht auf ihre zugesagte Aufnahme in Deutschland zu bewegen. Das ist ein Bruch mit völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Verpflichtungen sowie eine politische und moralische Bankrotterklärung. Da sich die Lage der betroffenen Menschen in Pakistan weiter zuspitzt, drohen weitere Inhaftierungen und Abschiebungen nach Afghanistan. Ein sofortiges politisches Handeln ist notwendig, um den Schutz der betroffenen Personen sicherzustellen und den Schaden für Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik abzuwenden.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland trägt eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan – nicht nur aus Mitmenschlichkeit, sondern auch aus historischer und politischer Verpflichtung. Zwei Jahrzehnte lang war Deutschland außen-, sicherheits- und entwicklungspolitisch in Afghanistan engagiert. Der Krieg hat hunderttausende Zivilist*innen, zahlreiche Bundeswehrsoldat*innen und afghanische Streitkräfte, die mit der Bundeswehr gegen die Taliban gekämpft haben, das Leben gekostet.

Viele Afghan*innen haben ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Familien riskiert, um sich auf die Seite der internationalen Gemeinschaft zu stellen. Sie haben für ein demokratischeres und freieres Afghanistan gekämpft, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Und damit auch an der Seite Deutschlands. Sie waren Übersetzer*innen, Ortskräfte, Journalist*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen, Frauenrechtler*innen und LGBTIQ*-Personen. Sie alle haben geholfen, das deutsche Engagement „am Hindukusch zu verteidigen“ – wie es einst politisch hieß.

Ihnen drohen nun Folter oder gar der Tod durch die Taliban. Sie haben eine Aufnahmezusage von Deutschland erhalten. Es ist ein Verrat an ihnen und an unseren Werten, wenn die Bundesregierung weiter versucht sich mit Geld aus der Verantwortung freizukaufen. Wer ihnen jetzt den Schutz verweigert, missachtet nicht nur internationale Verpflichtungen, sondern auch das eigene moralische Fundament.

Die Berichte über finanzielle Angebote an afghanische Schutzberechtigte sind deshalb ein schwerer politischer und ethischer Fehler. Sie stellen den Wert deutscher Zusagen und den Sinn humanitärer Aufnahmeprogramme in Frage. Statt Menschen in existenzieller Bedrohung zu marginalisieren oder mit Geld zum Schweigen zu bringen, muss Deutschland seine Zusagen einlösen – vollständig, transparent und unverzüglich.

Zugleich verschärft sich die Lage der Betroffenen dramatisch: Pakistanische Behörden inhaftieren zunehmend afghanische Staatsangehörige mit deutscher Aufnahmezusage und schieben sie nach Afghanistan ab. Die Rückkehr nach Afghanistan bedeutet für sie Lebensgefahr – insbesondere für Frauen und andere vulnerable Gruppen, wie LGBTIQ*-Personen, religiöse Minderheiten und/oder Menschen, die sich für Freiheit, Bildung und Menschenrechte eingesetzt haben.

Deutschland darf keine Politik betreiben, die moralische Verpflichtung in eine finanzielle Kalkulation verwandelt. Ein solches Verhalten ist eines Rechtsstaats unwürdig.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt:

Menschenrechte sind nicht verhandelbar – und schon gar nicht käuflich. Deutschland muss zu seinem Wort stehen.

weitere Antragsteller*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke); Luna Möbius (KV Halle); Luca Theresa Wirkus (KV Osnabrück-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Niklas Wolf (KV Lüneburg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Sandra Smolka (KV Freising); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Annika Schulze Wintzler (KV Hannover); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Monica Manon Sandhas (KV Hannover); Falco Strasser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Regine Pell (KV München); Carolin Wohlgemuth (KV Bremen-Mitte); sowie 140 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Die Wildvogelgrippe und ihre Ursachen effektiv bekämpfen

Antragsteller*in: Kathrin Weber (KV Bielefeld)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

Der Kranichzug ist in diesem Jahr von einem verheerenden Ausbruch von H5N1, einer hochpathogenen Variante der aviären Influenza überschattet. An vielen Orten in Deutschland haben Helfer*innen seit dem 23. Oktober schon über 15.500 Kraniche geborgen^[1], die Dunkelziffer liegt weit höher, und aus anderen Regionen Europas kommen täglich neue Meldungen.

Seit 2006 tritt die Vogelgrippe in Form der "Geflügelpest" immer wieder an der einen oder anderen Stelle in Europa auf. Millionen sog. Nutztiere, Enten, Puten, Hühner, Gänse und Zootiere/Haustiere wurden in dieser Zeit regelmäßig hektisch und für die Tiere besonders leidvoll getötet. Die alte mitleidlose Maßnahme zur Eindämmung der Infektionen, die Stallpflicht, die zwangsläufig mit Leiden für die Tiere verknüpft ist oder gar die Vernichtung hunderttausender Vogelleben behördlich diktiert, ist sichtbar keine ausreichende Maßnahme. Das zeigt die regelmäßige Betroffenheit von Großställen. Und auch der Beitrag des EU-weiten Wildvogelmonitorings zur Vermeidung der "Geflügelpest" scheint überschaubar zu sein.

Dass auch eine große Anzahl an Wildvögeln betroffen ist, ist dagegen eher neueren Datums: In 2022 verendeten an der Nordsee zehntausende Brandseeschwalben, Basstölpel und andere Seevögel^[2]. In 2023 starben 20.000 Kraniche in Ungarn^[3]. Und dieses Jahr steuert sie seit Ende Oktober sichtbar einen neuen Höhepunkt an.

Es wird deutlich, dass die hochpathogene aviäre Influenza eine ernstzunehmende Gefahr für den Artenschutz werden wird, wenn nicht gegengesteuert wird. Sie bedroht jetzt ohnehin gefährdete Vogelarten.

Doch eine eingehende Diskussion des politischen Umgangs im Hinblick auf geeignetere Maßnahmen bleibt von Seiten der Regierung aus. Und fast noch mehr als in den vergangenen Jahren wird das Leid von Wild- und Nutztieren nach kurzer Betroffenheit von Rufen nach mehr Unterstützung für die betroffenen Unternehmen aus Steuergeldern und Diskussionen über Verbraucherpreise überlagert. Dabei wird das Töten der Tiere und damit mittelbar die industrielle Haltung von Tieren ja schon staatlich subventioniert^[4]! Die Bilder gleichen eins zu eins den Nerz-Tötungen während der Covid-Pandemie, nur dass diese endlich zu Konsequenzen in der Pelzindustrie geführt haben. Berechtigte Kritik an der Tierindustrie^[5] und die Frage nach ihrer Rolle bezüglich der Infektionen unter den Wildvögeln wird auch dieses Jahr wieder nicht ernst genommen.

Wichtig wäre aber nun eine eingehende Diskussion des politischen Umgangs im Hinblick auf geeignetere Maßnahmen. Denn sonst bessert sich nichts, ganz im Gegenteil, es kann auch noch schlimmer werden, wie das Auftreten von

38 Geflügelpest bei Rindern in den USA zeigt! Welcher Wildvogel wird beim nächsten
39 Mal betroffen sein, wenn nichts geschieht – und mit welchen Auswirkungen?

40 1. Wir fordern ebenso wie der Nabu Brandenburg eine genaue und transparente
41 Untersuchung, wie es in diesem Jahr zu den Ausbrüchen kommen konnte ^[6]. Die
42 offizielle Hypothese, dass Wildvögel die Eintragsursache darstellen, erweist
43 sich aufgrund einer Vielzahl beobachteter Verläufe als immer weniger haltbar.
44 Die Vielzahl der betroffenen Stallhaltungen schon seit Juni bei sehr geringen
45 Wildvogelfunden bis Anfang Oktober deutet auf Verbreitung durch Kontakte der
46 Geflügelindustrie untereinander/Vektoren der Geflügelindustrie hin. Die
47 Infektion der Kraniche scheint dem nachgelagert zu sein ^[7]. Aus den Brutgebieten
48 sind keine Totfunde bekannt. Es sollte im Interesse aller sein, die
49 tatsächlichen Wege der immer wiederkehrenden Infektionskrankheit herauszufinden
50 und wirksam abzustellen.

51 2. Entenställe können lange Zeit unentdeckt mit hochpathogener Influenza
52 infiziert sein. Bislang wird jährlich eine Million Tonnen Geflügelmist
53 ungetestet und unsterilisiert auf Agrarflächen in Deutschland verteilt. Kot und
54 Kadaver müssen ab jetzt regelmäßig vor Ausstellung und Transport getestet
55 werden ^[8]. Betriebsprüfungen im Hinblick auf Biosicherheitsmaßnahmen können früh
56 auf Probleme hinweisen.

57 3. Ebenso wichtig ist die systematische Untersuchung der Abwässer von
58 Schlachthäusern, um das Auftreten von Geflügelpest künftig zeitnah und eindeutig
59 nachweisen zu können. Diese Sicherheitsroutine ist einfach, kann jetzt
60 kurzfristig umgesetzt werden und ist seit Jahren überfällig.

61 4. Massen von Tieren, auf engem Raum aufgestellt, befördern Krankheiten und
62 Viren: Influenza-Viren mutieren in solchen Haltungen mit genetisch ähnlichen
63 Tieren, die unter erheblichem Stress stehen und ein schlechtes Immunsystem
64 haben, besonders schnell auch zu höherpathogenen Viren. Diese Form der
65 Tierhaltung muss die Landwirtschaft hinter sich lassen. Tiere sind fühlende
66 Lebewesen. Sie dürfen nicht mehr als eine anonyme Industrieware behandelt
67 werden. Bis dahin müssen solche Betriebe deutlich stärker an den Kosten der
68 Vogelgrippe beteiligt werden. Im Sinne von One Health, den wahren Kosten und
69 Kollateralschäden, dürfen Steuergelder nicht dafür eingesetzt werden, die Ställe
70 einfach wieder aufzufüllen und weiterzumachen wie bisher. Um die Viruslast an
71 einem Ort zu verringern und die wiederkehrende "Keulung" hunderttausender Tiere
72 zu vermeiden, sollten die epidemiologischen Einheiten ^[9] generell auf 1.000
73 Tiere begrenzt werden.

74 5. Viele Verbraucher wissen nicht, wie eine Tierhaltung aussieht, die die
75 Bedürfnisse von Vögeln mehr berücksichtigt. Wir brauchen langfristig eine
76 Informationskampagne, die die Tiere in den Mittelpunkt rückt und auch
77 pflanzliche Alternativen zu Geflügelprodukten aufzeigt. Die Risiken, die die
78 industrielle Landwirtschaft für die Artenvielfalt auch im Hinblick von HPAI
79 anscheinend darstellt, müssen stärker in das Licht der Öffentlichkeit gerückt
80 werden. Im Interesse aller muss eine gesunde, tier- und umweltfreundliche Agrar-
81 und Ernährungswende vorangebracht werden, die Zukunftsperspektiven für
82 Landwirt*innen in diversifizierten lokalen Wirtschaftskreisläufen schafft.

83 6. Die betroffenen Wildvögel sind ohnehin durch Landwirtschaft, Siedlungen,
84 Tourismus und Klimawandel gefährdet. Aktuell ist für die Kraniche vor allem eine

85 ungestörte Rast wichtig. Ihre enormen Verluste können sie in Zukunft aber nur
86 ausgleichen, wenn sie guten Bruterfolg haben. Dafür brauchen sie in unserer
87 Landschaft wieder mehr Raum. In Bund und Ländern muss daher auf eine schnelle
88 und ambitionierte Durchsetzung der EU- Wiederherstellungsverordnung für die
89 Natur gedrungen werden.^[10]
90 .
91 [\[1\]https://www.kraniche.de/de/news-leser/ueber-15-500-tote-kraniche-ganz-](https://www.kraniche.de/de/news-leser/ueber-15-500-tote-kraniche-ganz-deutschland-betroffen.html)
92 [deutschland-betroffen.html](https://www.kraniche.de/de/news-leser/ueber-15-500-tote-kraniche-ganz-deutschland-betroffen.html)
93 [\[2\]https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-](https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/)
94 [has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/](https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/)
95 [\[3\]https://www.nabu.de/tiere-und-](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html)
96 [pflanzen/voegel/gefaehrdungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html) Meldung vom
97 18.12.2023
98 [\[4\]](#) Die Tierseuchenkasse bekommt nur zu maximal 50% das Geld von
99 Geflügelhaltungen, der Rest wird aus Steuermitteln ergänzt.
100 [\[5\]https://www.tagesschau.de/inland/vogelgrippe-gefluegelhalter-stallpflicht-](https://www.tagesschau.de/inland/vogelgrippe-gefluegelhalter-stallpflicht-engpaesse-100.html)
101 [engpaesse-100.html](https://www.tagesschau.de/inland/vogelgrippe-gefluegelhalter-stallpflicht-engpaesse-100.html)
102 [\[6\]https://brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/36676.html](https://brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/36676.html)
103 [\[7\]https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-](https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-hessen-ist-betroffen/)
104 [hessen-ist-betroffen/](https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-hessen-ist-betroffen/)
105 [\[8\]](#) HPAI-Viren können bei 4 Grad Celsius bis zu zwei Monate in Geflügelmist
106 überleben.
107 https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC3784916/pdf/13337_2013_Article_135.pdf
108 [\[9\]](#) = die Tiere, die in miteinander verbundenen Einheiten leben.
109 [\[10\]https://www.nabu.de/news/2025/10/36681.html](https://www.nabu.de/news/2025/10/36681.html)

Begründung der Dringlichkeit

Die hochpathogene HPAI hat sich, wie Ende Oktober sichtbar wurde (<https://taz.de/Vogelsterben-in-Brandenburg!/6122199/>), zu einer Gefahr für den Artenschutz entwickelt und ist nicht mehr nur Geflügelpest: Die Zahlen bei den betroffenen Wildvögeln, vor allem Kranichen, sind regelrecht explodiert. Die bisherigen Maßnahmen haben, wie jetzt sichtbar wird, nicht dazu beigetragen, das Virus unter Kontrolle zu bringen. Der politische Umgang mit dem Virus muss dringend diskutiert werden, im Hinblick auf Maßnahmen, aber auch den allgemeinen Diskurs. Derzeit wird versucht, die Verluste unter den Kranichen herunterzuspielen (<https://taz.de/Experte-ueber-Vogelgrippe!/6122411/>), mit dem Ziel, dass alles wie bisher gehandhabt werden soll. Dabei bietet der diesjährige Ausbruch unter den Wildvögeln die Möglichkeit, Ursachenforschung zu betreiben und daraus geeignetere Maßnahmen abzuleiten.

weitere Antragsteller*innen

Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Dorothee Wiest (KV Reutlingen); Insa Warms-Cangalovic (KV Bremen Links der Weser (LdW); Marion Lünz (KV Gütersloh); Gerd Endres (KV Fürth-Stadt); Niklas Graf (KV Wesel); Sylvia Greuel (KV Rhein-Sieg); Ursula Harper (KV München); Elias Bamidis (KV München); Jessica Geller (KV Rhein-Sieg); Matthias Herking (KV Coesfeld); Jonathan Beil (KV Mansfeld-Südharz); Manuel Denkwitz (KV Frankfurt); Katja Wetzel (KV Segeberg); Sven Aulemeyer (KV Münster); Stephanie Schröer (KV Oberhausen); Nadine Hümmerich (KV Oberhausen); Thorben Thieme (KV Neuwied); sowie 82 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Transparenz und Integrität parlamentarischer Entscheidungsprozesse beim Einsatz von Palantir in Baden-Württemberg sicherstellen

Antragsteller*in: Jochen Baumeister (KV Berlin-Mitte)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 2 1. Die Bundespartei spricht sich für eine umfassende interne Klärung der
- 3 Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit dem Einsatz der Analyseplattform
- 4 „Palantir Gotham“ in Baden-Württemberg aus.
- 5 2. Der Bundesvorstand wird beauftragt zu prüfen,
- 6 • ob im Vorfeld der Entscheidung zum Einsatz von Palantir in Baden-Württemberg
- 7 Einflussnahmen, Interessenkonflikte oder mögliche Abhängigkeiten bestanden,
- 8 • ob Abgeordnete oder Entscheidungsträger:innen durch die Existenz oder Nutzung
- 9 der Plattform in eine potenzielle Druck- oder Verwundbarkeitssituation hätten
- 10 geraten können,
- 11 • ob bestehende Schutzmechanismen zur Sicherung der Unabhängigkeit
- 12 parlamentarischer Entscheidungen ausreichend waren und sind.
- 13 3. Der Bundesvorstand erarbeitet auf Basis der Ergebnisse konkrete
- 14 Handlungsempfehlungen, wie - auch über diesen Einzelfall hinaus - strukturelle
- 15 Risiken für unzulässige Einflussnahme durch Anbieter hochsensibler Datenanalyse-
- 16 Systeme künftig ausgeschlossen werden können.
- 17 4. Die Ergebnisse der Prüfung sowie Vorschläge für zukünftige Schutz- und
- 18 Transparenzmaßnahmen werden bis spätestens zur nächsten regulären BDK in
- 19 geeigneter Form vorgelegt.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass Palantir in Baden-Württemberg bereits praktisch eingesetzt wird und damit fortlaufend Tatsachen geschaffen werden, die politische und technische Abhängigkeiten verfestigen können. Ohne sofortige parteiinterne Klärung möglicher struktureller Einflussnahmen auf den Entscheidungsprozess besteht die Gefahr, dass nachträgliche Untersuchung oder Korrektur kaum noch möglich ist. Eine Befassung der BDK ist daher jetzt zwingend notwendig.

Begründung

Die Entscheidung über den Einsatz der Analyseplattform „Palantir Gotham“ in Baden-Württemberg berührt grundsätzliche Fragen demokratischer Integrität, staatlicher Souveränität und des Schutzes vor unzulässiger Einflussnahme.

Palantir-Systeme basieren technisch darauf, sehr umfangreiche und hochsensible personenbezogene Daten zu verarbeiten. Nach öffentlich zugänglichen Informationen (z. B. Heise-Bericht vom Nov 2025)

wurde das System in Baden-Württemberg bereits Monate vor der politischen Entscheidung mit Daten angelernt. Diese Konstellation wirft - völlig unabhängig von der Integrität der beteiligten Personen - Fragen zu systemischen Risiken auf.

Gerade bei Systemen, deren Anbieter durch technische Architektur potenziell weitreichende Kenntnis über Behördenstrukturen, Nutzerverhalten oder personenbezogene Profile erlangen können, besteht ein grundsätzliches Risiko der Einflussnahme oder Verwundbarkeit. Dabei handelt es sich um ein strukturelles Risiko, das eine demokratische Partei mit besonderer Sensibilität für Bürgerrechte transparent und verantwortungsvoll prüfen muss.

Ziel dieses Antrags ist es, parteiintern sicherzustellen,

- dass sämtliche Entscheidungsprozesse frei von externer Einflussnahme waren,
- dass keine Druck- oder Abhängigkeitssituationen bestanden oder bestehen,
- und dass wir als Partei für die Zukunft klare Leitlinien im Umgang mit sicherheitsrelevanten IT-Systemen entwickeln.

Die Prüfung dient damit der Stärkung von Transparenz, demokratischer Resilienz und innerparteilicher Glaubwürdigkeit.

weitere Antragsteller*innen

Carsten Nielsen (KV Flensburg); Arne Babenhauserheide (KV Karlsruhe-Land); Felix Singer (KV Darmstadt); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Katharina Khodami (KV Flensburg); Gustav Blaß (KV Gera); Anna Steinmetzer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ralf Striecker (KV Flensburg); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Linda Weiß (KV Oberhavel); Jannis Mehring (KV Bochum); Jörg Schwaab (KV Mainz-Bingen); Sven-Mario Seeberg-Elverfeldt (KV Regensburg-Stadt); Peter Stumm (KV Birkenfeld); Alex Hunczek (KV Hamburg-Nord); Henri Holtgreve (KV Osnabrück-Land); Christoph Schnegg (KV Weimarer Land); Matthias Möhring (KV Bremen-Ost); Julia Burkhardt (KV Jena); sowie 56 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Dialog statt Repression! Grundrechte von Fans und Zuschauer*innen schützen!

Gremium: Landesparteitag (LDK) Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 23.11.2025
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

Die Innenministerkonferenz (IMK) wird auf ihrer Tagung Anfang Dezember über Maßnahmen beraten, die einen erheblichen Angriff auf die Grundrechte von Fans und Zuschauer*innen darstellen. In den letzten Tagen und Wochen hat sich hier Widerstand gebildet. Tausende Fans von über 38 Klubs protestierten gegen die Vorschläge.

Es wäre nicht das erste Mal, dass Fußballfans zum Versuchsobjekt für überzogene und unverhältnismäßige Sicherheitsverschärfungen werden. Dabei hat sich die Sicherheitslage in den Stadien bundesweit in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Trotz immer neuer Rekordbesuchszahlen und der Tatsache, dass jedes Wochenende Millionen von Fans und Zuschauer*innen die Spiele verfolgen, sind alle relevanten Kennzahlen, wie die Zahl an Verletzten, Ermittlungsverfahren und Polizeistunden stark rückläufig. Dies zeigt u.a. auch der Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS). Während Gewaltdelikte abnehmen, bleibt das Sicherheitsniveau in deutschen Stadien konstant hoch. Umso unverständlicher ist es, dass im Vorfeld der IMK erneut über sehr weitreichende Überwachungsmaßnahmen diskutiert wird.

Ob personalisierte Tickets, der verstärkte Einsatz "intelligenter" Videoüberwachung und künstlicher Intelligenz zur Gesichtskontrolle - die vorgeschlagenen Maßnahmen und Instrumente werden seit Jahren höchst kontrovers diskutiert. Statt den Dialog mit DFB, DFL, Vereinen und organisierter Fanszene fortzusetzen und gemeinsam zu guten Lösungen zu kommen, riskieren die Innenminister*innen durch ihr Vorgehen eine Vertiefung ohnehin bestehender Gräben und weitere Eskalation.

Bündnis 90/ die Grünen kritisieren das Vorgehen im Vorfeld der IMK und den geplanten Einsatz von oftmals völlig unausgereiften, tief in die Grundrechte von Fans und Zuschauer*innen eingreifende Maßnahmen scharf. Wir erinnern daran, dass Grundrechte auch für Fußballfans und Zuschauer*innen gelten. Gegen Versuche, unausgereifte und tief in die informationelle Selbstbestimmung eingreifende Instrumente zunächst in Stadien und deren Umfeld einzusetzen, um sie später auch in anderen öffentlichen Bereichen einzusetzen, stellen wir uns entschieden entgegen.

Pauschalverdacht und eine massive Einschränkung von Grundrechten machen die Stadien und unsere Gesellschaft nicht sicher. Extrem fehlerhafte Gesichtserkennungssysteme und flächendeckende Videoüberwachung gefährden Grundrechte und sind extrem kostenintensiv. Wir teilen die aufgrund von Missbrauchsanfälligkeit starke Kritik von Datenschützern an der diskutierten Einführung von personalisierten Tickets. Pauschale Stadien- und Stadtverbote

38 gegen ganze Fangruppen sind nicht zu rechtfertigen. Verpflichtende
39 Stadionverbote schon bei Einleitung eines Ermittlungsverfahren würde die unseren
40 Rechtsstaat konstituierende Unschuldsvermutung aushebeln und wäre unseres
41 Erachtens klar rechtswidrig.

42 Stadionverbote müssen schon heute nach entsprechenden Überprüfungen immer wieder
43 zurückgenommen werden. Auch mit rechtswidrigen Speicherungen in der „Datei
44 Gewalttäter Sport“ gibt es immer wieder Probleme. Dennoch sind notwendige
45 Reformen, für die wir uns als Grüne immer eingesetzt haben, bisher weitgehend
46 ausgeblieben.

47 Bereits in der Vergangenheit kam es zu fragwürdigen Datenerhebungen von
48 Fußballfans durch Polizeibehörden. Niemand sollte seine Rechte am Stadiontor
49 abgeben. Stattdessen setzen wir uns als Grüne für präventive Maßnahmen, wie die
50 Zusammenarbeit mit Fanvereinigungen oder einen den verstärkten Einsatz von
51 Sozialarbeiter*innen aus. Hierbei muss auch eine rechtliche Stellung der
52 Stärkung von Sozialarbeiter*innen im Fanbereich angestrebt werden.

53 Fälle wie die Verurteilung von drei Mitarbeiter*innen eines Fanprojekts im
54 Oktober 2024 wegen Aussageverweigerung, schwächen das Vertrauen der Fanszenen in
55 staatliche Mitarbeiter*innen. Auch im Oktober diesen Jahres wurde ein Verfahren
56 gegen Sozialarbeiter*innen eingestellt und dennoch sahen sich diese über Jahre
57 einem Gerichtsverfahren ausgesetzt. Hier wollen wir die Einführung eines
58 Zeugnisverweigerungsrecht prüfen, denn die Aufgabe von Sozialarbeiter*innen ist
59 es, Brücken zu bauen und ein Staat, der diese vor Gericht zwingt, untergräbt
60 ihre Arbeit.

61 All diese Beispiele zeigen, dass Grundrechtseingriffe oft Fans treffen, die
62 keinerlei Fehlverhalten aufweisen. Vielmehr verhalten sich an jedem Spieltag
63 Millionen Fans absolut rechtskonform Selbstverständlich gibt es auch Personen,
64 die randalieren und gezielt gewalttätige Auseinandersetzungen suchen - mit Fans
65 anderer Mannschaften, Ordnern oder der Polizei. Das bestreitet niemand.

66 Statt auf die Breite der Millionen von friedlichen Fans und Zuschauer*innen
67 abzielende, unverhältnismäßige Maßnahmen setzen wir uns für ein zielgerichtetes
68 Vorgehen gegen diejenigen ein, die ganze Kurven und Fanszenen immer wieder in
69 Misskredit bringen.

70 Dialog und Prävention statt repressiven Populismus!

71 Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, von den derzeit in der
72 Diskussion befindlichen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Statt die Faktenlage
73 komplett zu ignorieren und ohnehin bestehende Gräben ohne Not weiter zu
74 vertiefen, müssen sie endlich eine grundrechtesschonende, fakten- und
75 evidenzbasierte Sicherheitspolitik verfolgen. Statt Vereine, Verbände und Fans
76 zu ignorieren, fordern wir zu einer Rückkehr zum Dialog auf.

77 Statt des Ausbaus rein repressiv wirkender Kollektivmaßnahmen braucht es in
78 erster Linie Prävention, die Stärkung von Fanprojekten und zielgerichtetes
79 Vorgehen gegen Täter.

80 Deutsche Fußballstadien und Kurven sind immer auch das Spiegelbild unserer
81 Gesellschaft. Gesellschaftliche Entwicklungen machen weder positiv noch negativ
82 vor dem Fußball, Fans und Zuschauer*innen halt. Die sehr erfolgreiche Arbeit von
83 Fanprojekten, gerade mit jungen Fans, ist die beste Prävention und gelebte

- 84 Demokratiearbeit. Gute Arbeit braucht Kontinuität und Verlässlichkeit. Wir
85 wollen Fanprojekte stärken und die Erkenntnisse aus der Fansozialarbeit stärker
86 zur Grundlage von politischen Entscheidungen machen.

Begründung der Dringlichkeit

Die sehr weitreichenden Pläne, die auf der kommenden Innenministerkonferenz Anfang Dezember in Bremen beraten und ggf. beschlossen werden sollen, sind erst nach Antragsschluss für die BDK bekannt geworden. In der Folge hat sich eine größere politische Debatte zu dem Thema entfacht, zu der wir uns als Partei positionieren sollten.

Begründung

erfolgt mündlich

D-01 Dringlichkeitsantrag: Resolutes Handeln für Europa!

Antragsteller*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Der veröffentlichte „28-Punkte-Plan“ und die neuen Enthüllungen zu Steve Witkoff
2 zeigen eine qualitativ neue Gefährdung der europäischen Sicherheitsordnung. Gab
3 es in den ersten Tagen noch Zweifel an der russischen Handschrift des Papiers,
4 so sind diese inzwischen ausgeräumt. Russland konnte über informelle Kanäle
5 direkten Einfluss auf US-Positionen zur Ukraine gewinnen. Damit entsteht das
6 Risiko, dass Entscheidungen über Osteuropa bilateral zwischen Washington und
7 Moskau getroffen werden – ohne Beteiligung Kyjiws und ohne europäische
8 Mitsprache.
- 9 Die Auftritte der US-Regierung in München, im Oval Office und in Alaska
10 bestätigen diese politische Schieflage zugunsten Russlands und untergraben das
11 Vertrauen in multilaterale Strukturen. Dieses Vorgehen fügt sich in ein größeres
12 Muster ein. In seiner Logik erinnert es an den Molotov-Ribbentrop-Vertrag, der
13 den Zweiten Weltkrieg entfesselte.
- 14 Gerade deshalb darf Europa nicht länger abwarten oder zögern. Unsere Sicherheit
15 verlangt entschlossenes Handeln, den schnellen Ausbau eigener
16 Verteidigungsfähigkeit und eine verlässliche Unterstützung der Ukraine – auch
17 unabhängig von den USA. Diese Fähigkeiten sind Voraussetzung, um Frieden zu
18 sichern und Erpressungen zu verhindern. Darum braucht Europa eine robuste
19 Verteidigungsbasis: gemeinsame Rüstungsprojekte, Luftverteidigung,
20 Cyberresilienz und Verteidigungsbereitschaft. Diese Fähigkeiten sind
21 Voraussetzung, um Frieden zu sichern und Erpressung zu verhindern.
- 22 Die Unterstützung der Ukraine ist Teil unserer eigenen Sicherheit. Wer Europas
23 Werte schützen will, darf nicht zulassen, dass ein souveräner Staat vom
24 Aggressor zerstört wird. Deshalb muss Deutschland endlich Taurus schicken!
- 25 Wir Grünen müssen diese Konsequenz klar benennen und politisch vorantreiben,
26 denn die Freiheit der Ukraine ist ein zentraler Bestandteil unserer eigenen
27 Sicherheit. Nur ein starkes, handlungsfähiges Europa kann die internationale
28 Ordnung bewahren, Frieden sichern und Gewalt als Mittel der Politik verhindern.
29 Wer unsere europäische Sicherheit ernst nimmt, setzt jetzt auf resolutes
30 europäisches Handeln.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich aus einem sicherheitspolitischen Ereignis, das erst nach Antragsschluss eingetreten ist: der veröffentlichte und inzwischen überarbeitete „28-Punkte-Plan“ der US-Regierung sowie die Enthüllungen über die Verhandlungen des US-Sondergesandten Witkoff mit Russland. Diese Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Ukraine und Europa, da sie die ukrainische Souveränität und die europäische Sicherheitsordnung gefährdet.

Neu ist, dass Russland über informelle Kanäle direkten Einfluss auf US-Positionen zur Ukraine gewinnen konnte und damit das Risiko entsteht, dass Entscheidungen über Osteuropa bilateral zwischen Washington und Moskau getroffen werden – ohne Beteiligung Kyjiws und ohne europäische Mitsprache.

Dies geschah am 14. Oktober, in einem Moment, als Präsident Selenskyj ein Treffen für den 17. Oktober mit dem US-Präsidenten Trump vorbereitet hatte, um dringend benötigte Tomahawk-Marschflugkörper zur Verteidigung gegen die brutalen russischen Angriffe auf ukrainische Städte zu erhalten. Doch genau in dieser Phase kam es zum Gespräch zwischen Putin und Trump – und die geplante Lieferung wurde daraufhin abgewendet. Damit wurde der Ukraine nicht nur eine entscheidende militärische Unterstützung verweigert, sondern zugleich deutlich, wie russische Einflussnahme über informelle Kanäle die amerikanische Entscheidungsfindung unmittelbar verändern konnte.

Zudem hat die mögliche schnelle Umsetzung des Plans zu einer Verschärfung der Lage geführt, auch wenn dies in der Zwischenzeit offenbar durch diplomatische Gespräche abgewendet werden konnte. Trotzdem sind noch keine Punkte über die aktuellen Verhandlungen, ihren Vereinbarungen oder Differenzen öffentlich bekannt.

Obwohl die russische Handschrift und die Einflussnahme des Kremls aufgefliegen sind, will Donald Trump weiterhin an seinen Sondergesandten Steve Witkoff festhalten und ihn nach Russland zu Gesprächen mit Putin schicken!

Damit liegt ein externer Vorgang vor, der eine neue sicherheitspolitische Realität geschaffen hat und unmittelbares Handeln Europas für die gemeinsame Sicherheit erforderlich macht. Der Antrag befasst sich im Kern mit diesem Ereignis und seinen Folgen und erfüllt damit die Voraussetzungen der Geschäftsordnung für einen Dringlichkeitsantrag.

Begründung

Wir sind zutiefst alarmiert!

Entscheidend an diesem Plan ist auch der aktuelle Zeitpunkt. Seine Veröffentlichung fällt in einen Moment, in dem die Ukraine bzw. das Umfeld von Präsident Selenskyj selbst unter Druck steht, diese aber auch über starken Druck verfügt: die Zerstörung russischer Einnahmequellen, der Ölinfrastruktur und der zentralen Logistik. Russlands Wirtschaft steht stark unter Druck.

Dennoch ist Russland mächtig genug, die Schwächen Anderer im entscheidenden Moment auszunutzen. Die Sprache des Dokuments verrät unmittelbar ihren russischen Ursprung, eingebettet in eine Strategie der Manipulation durch reflexive Kontrolle.

Die zuvor angedrohten Sanktionen gegen Russland sind praktisch verschwunden. Statt einer Verschärfung ist über einen Deal die Rede, der Russland von Sanktionen befreit und ihm sogar neue wirtschaftliche Spielräume eröffnet.

Das ursprüngliche Ultimatum der Trump Regierung an die Ukraine zeigt, wie fragil damit auch unsere Sicherheit verbunden ist. Zwar wurde es nach ersten Gesprächen abgeschwächt – doch die Botschaft bleibt: Der stärkste Partner Europas spielt mit Russland und setzt damit auch uns aufs Spiel. Je länger wir zögern, desto näher rückt der Krieg an unsere eigenen Grenzen.

*

Europa darf nicht erneut in die alte Logik der Großmächte zurückfallen, in der über die Köpfe von Menschen und Staaten hinweg entschieden wird. Der sogenannte Witkoff-Dmitriev-Plan reiht sich ein in die Tradition des Molotow-Ribbentrop-Abkommens, das den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Die Teilungsprotokolle von Jalta führten in den Kalten Krieg. All das erinnert uns daran, welche verheerenden Folgen es hat, wenn Großmächte über kleinere Länder bestimmen.

Gerade deshalb darf Europa nicht zum Spielball imperialer Mächte werden. Wir Grüne stehen für ein Europa, das seine Freiheit selbst verteidigt und Solidarität mit der Ukraine lebt. Nur wenn wir jetzt handeln, bleibt Europa frei, stark und in seiner Demokratie lebendig.

weitere Antragsteller*innen

Torsten Grieger (KV Altenburg); Peter Heilrath (KV München); Felix Buchwald (KV Altenburg); Matthias Herking (KV Coesfeld); André Nebel (KV Altenburg); Sandra Krautscheid (KV Rhein-Sieg); Philip Schlumbohm (KV Harburg-Land); Bernhard Stengele (KV Altenburg); Alyssa Ammelung (KV Köln); Gerhard Wettschereck (KV Wuppertal); Sonja Katharina Schiffers (KV Berlin-Mitte); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Mattia Nelles (KV Düsseldorf); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Ilona Jurk (KV Altenburg); Luise Lück (KV Berlin-Pankow); sowie 78 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

D-02 Dringlichkeitsantrag: Kein Deal zu Lasten der Ukraine und Europas

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 28.11.2025
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Für die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ist das Leben im Krieg furchtbar. Sie wünschen sich nichts mehr als Frieden. Sie leiden unter täglichen und nächtlichen Angriffen auf das zivile Leben, die Energie- und Wärmeversorgung. Kindergärten werden angegriffen, Krankenhäuser und Wohngebäude. Menschen sterben, werden verletzt, leiden. Die Ukraine ist das angegriffene Land, sie verteidigt ihr Leben, Freiheit und Demokratie, sie verteidigt auch die Freiheit Europas.

Der kürzlich öffentlich gewordene 28-Punkte-Plan zur Ukraine ist allerdings kein ernsthafter Weg zum Frieden, sondern der offensichtliche Versuch, die Ukraine zu unterwerfen und einen gefährlichen Deal zum Nachteil Europas zu machen. Statt sich glaubwürdig für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, sucht US-Präsident Donald Trump den Pakt mit Kriegsverbrecher Putin. Dieser Pakt würde nicht nur die Zukunft der Ukraine opfern, er wäre ein schlechter Deal zulasten unserer europäischen Sicherheit: Er stellt die Souveränität der Ukraine in Frage, schwächt sie und würde damit Putins Machtstellung in ganz Europa ausweiten. Gewalt und Aggression würden belohnt. Für die Menschen in den abgetretenen Gebieten gäbe es keinen Frieden. Unterdrückung, Vergewaltigungen, Folter, Raub von Kindern würden legalisiert. Ein brutales Besatzungsregime würde geschaffen. Das Völkerrecht würde verhöhnt. Grundlegende Errungenschaften der KSZE-Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und der NATO-Russland-Grundakte – wie das Recht auf freie Bündniswahl – würden rückabgewickelt.

Es ist schockierend, dass die US-Regierung viele russische Forderungen eins zu eins übernommen hat. Dass die USA die Aussicht auf Business mit Putin über das Schicksal der Ukraine und die Sicherheit Europas stellen, ist eine Attacke auf die regelbasierte Weltordnung und die lange transatlantische Kooperation im Rahmen der NATO. Spätestens jetzt muss uns klar sein, dass die USA kein zuverlässiger Verbündeter Europas mehr sind, dass europäische und US-Interessen nicht zwangsweise Hand in Hand gehen und dass die US-Regierung bereit ist, entgegen europäischen Sicherheitsinteressen zu handeln. Dazu gehören die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine.

Der Trump-Putin-Pakt legt leider auch die Schwächen Europas offen. Wenn es um den Frieden auf unserem Kontinent geht, sind wir in der Verantwortung, jetzt alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Sicherheit und Freiheit eigenständig schützen zu können. Sich Donald Trump anzudienen, ist dabei keine erfolgversprechende Strategie. Angesichts der Bedrohungen, denen Europa durch die imperialen Ambitionen des Kremls ausgesetzt ist, braucht es eine europäische Sicherheitspolitik, die über Verlautbarungen und Ankündigungen hinausgeht. Es braucht eine umfassende und eigenständige europäische Sicherheitspolitik

40 innerhalb der Europäischen Union gemeinsam mit Partnern wie Großbritannien und
41 Norwegen.

Begründung der Dringlichkeit

Am 19. November stellte der US-Präsident Trump einen so genannten Friedensplan für die Ukraine vor. Dieser Vorschlag ändert die Dynamik der politischen Lage im Ukraine-Konflikt grundlegend. Dazu wollen wir eine Antwort formulieren, die eine effektive europäische Politik beschreibt.